

# **Menschen, Ideen, Wegmarken**

Aus 150 Jahren deutscher Sozialdemokratie

Bernd Faulenbach / Andreas Helle (Hg.)

vorwärts buch

## **Das Scheitern der Großen Koalition unter Hermann Müller 1930**

*Siegfried Weichlein*

Am 27. März 1930 trat die letzte von einem Sozialdemokraten geführte Reichsregierung der Weimarer Republik zurück. Der seit dem 28. Juni 1928 amtierende Sozialdemokrat Hermann Müller war Kanzler einer Großen Koalition gewesen, die von der SPD, der katholischen Zentrums-  
partei, der Bayerischen Volkspartei, der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei und der wirtschaftsliberalen Deutschen Volkspartei gebildet wurde. Er wurde abgelöst von Heinrich Brüning von der Zentrumspartei, der zunächst verdeckt und dann im Sommer 1930 und noch deutlicher nach den Reichstagswahlen vom September 1930 offen mit dem Notverordnungsrecht nach Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung regierte.

Müllers Kabinett der Großen Koalition war mithin die letzte Reichsregierung, die von einer Mehrheit der Abgeordneten im Reichstag getragen wurde. Nach seinem Sturz wurde die parlamentarische Republik zu einer präsidential geführten Republik, deren Regierung, das Präsidentskabinett von Kanzler Heinrich Brüning, zudem seit dem Herbst 1930 auf die passive Tolerierung durch die SPD im Kampf gegen die Nationalsozialisten rechnen konnte. So eng war der Spielraum für die SPD geworden. Mit dem extensiv wahrgenommenen Notverordnungsrecht waren den parlamentarischen Mitwirkungschancen enge Grenzen gesetzt. Ein zentrales Merkmal der Weimarer Verfassungsordnung war im Kern relativiert, wenn nicht ausgehebelt worden. Der autoritäre Umbau der Weimarer Reichsverfassung war auf den Weg gebracht.

Wie konnte es dazu kommen? Eine Antwort, die sehr oft und sehr schnell zur Hand ist, sollte relativiert werden. Für das Scheitern der

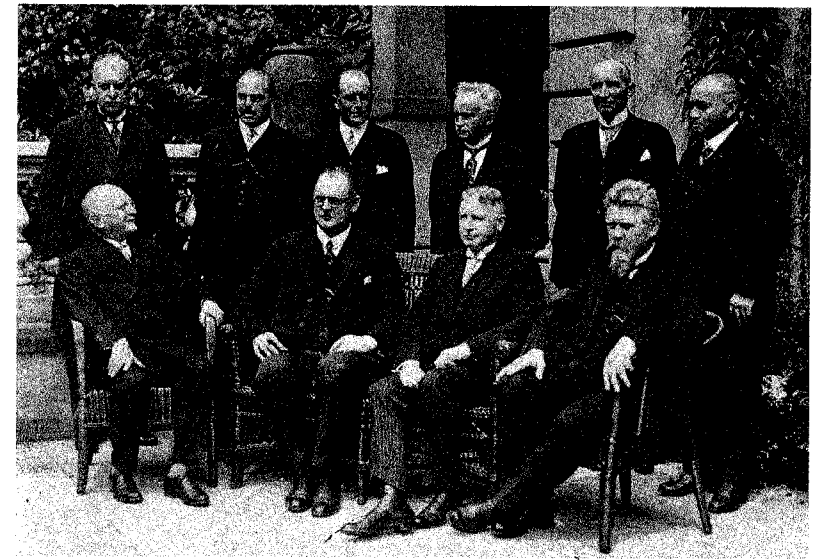
Weimarer Republik und damit auch der Großen Koalition 1930 ist in der Literatur und in der politischen Öffentlichkeit immer wieder die Weltwirtschaftskrise verantwortlich gemacht worden. Letztlich – so die gängige Meinung – habe die im Oktober 1929 in den USA beginnende Börsenkrise, die sich zu einer weltweiten Wirtschaftskrise ausweitete, dem auf Wachstum angewiesenen demokratischen Regime in Deutschland, das zudem den politischen Systemumbau nach dem Ersten Weltkrieg zu verkraften hatte, die notwendige materielle Grundlage entzogen. Der Reiz dieser These besteht darin, dass sie die zeitliche Koinzidenz zweier Ereignisse – die unmittelbaren Folgen des Börsencrash fielen mit dem Auseinanderbrechen der Großen Koalition zusammen – in einen kausalen Zusammenhang bringt. Tatsächlich stiegen nach dem Börsencrash vom 24. Oktober 1929 die Arbeitslosenzahlen massiv an (von Oktober bis Dezember 1929 von 1,3 auf mehr als zwei Millionen) und drohten die Arbeitslosenversicherung zu überfordern.

#### *Finanzkrisen und Arbeitslosenversicherung*

»Offiziell« scheiterte die Große Koalition denn auch an der Finanzierung des Haushalts der Arbeitslosenversicherung. Die Mittel der aus Beiträgen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber finanzierten Arbeitslosenversicherung waren im März 1929 schon erschöpft. Damals hatte sich das Kabinett noch mit einem Kredit behelfen können. Im Winter 1929/30 reichte das allerdings nicht mehr aus.

Während die Notwendigkeit einer Sanierung der Arbeitslosenversicherung außer Frage stand, gab es im Kabinett unterschiedliche, ja entgegengesetzte Vorstellungen, wie diese Sanierung zu bewerkstelligen sei. Während die SPD die Beiträge anheben wollte, favorisierte in die DVP eine Kürzung der Leistungen, letztlich einen Rückbau des Sozialstaats, da ihr dieser nicht finanzierbar und den Unternehmen zu große Bürden aufzuerlegen schien. Daher kamen für die Wirtschaftsliberalen auch höhere Steuern oder ein Notopfer der Festbesoldeten, wie die SPD sie forderte, nicht in Frage.

Am 5. März 1930 einigte sich das Reichskabinett noch einmal auf Deckungsvorschläge für den Reichshaushalt, was den Gemäßigten in beiden Lagern zu verdanken war. Aber schon kurz darauf regte sich sowohl bei Sozialdemokraten als auch bei der DVP Widerstand gegen diesen Kompromiss. Beide Fraktionen lehnten den Vorschlag ab. Im Lager



*Reichskanzler Hermann Müller und sein Kabinett am 28. Juni 1928. Stehend v. l. n.r.: Hermann R. Dietrich (Ernährung, DDP), Rudolf Hilferding (Finanzen, SPD), Julius Curtius (Wirtschaft, DVP), Carl Severing (Inneres, SPD), Theodor von Guérard (Verkehr, Zentrum), Georg Schätzel (Post, BVP); sitzend v. l. n. r.: Erich Koch-Weser (Justiz, DDP), Hermann Müller (Reichskanzler, SPD), Wilhelm Groener (Reichswehr, parteilos), Rudolf Wissell (Arbeit, SPD). Nicht abgebildet ist der Reichsaußenminister, Gustav Stresemann (DVP).*

der Ablehnenden standen – aus entgegengesetzten Gründen – die Gewerkschaften, die Unternehmervverbände und der Präsident der Reichsbank, Hjalmar Schacht. Letzterer verband seine Ablehnung mit einem Rücktritt. Der Vorsitzende der Reichstagsfraktion des Zentrums, Heinrich Brüning, versuchte daraufhin noch einmal, mit einem Kompromiss die streitenden Parteien zusammen zu bringen. Im Kern zielte der Brüning-Kompromiss auf die Vertagung des Streites um die Beitragserhöhung auf den Herbst 1930. Die Wirtschaftsliberalen verhielten sich zögerlich abwartend. Es war nun an der SPD-Reichstagsfraktion zu entscheiden, ob man dem Kompromiss des Zentrums politiklers Brüning zustimmen solle, um so die Große Koalition noch einmal zu retten, oder ob die eigenen Vorschläge zur Finanzierung der Arbeitslosenversicherung Priorität genießen sollten. Die Regierungskritiker von links und aus den Gewerkschaften setzten sich durch. Die SPD Fraktion im Reichstag lehnte den Brüning-Kompromiss ab. Das Kabinett Hermann Müller demissionierte daraufhin, weil es weder auf einen Rückhalt im Parlament

zählen noch auf den Notverordnungsartikel 48 in der Reichsverfassung zurückgreifen konnte.

#### *Autoritärer Umbau der Reichsverfassung als politisches Programm*

Der Streit um die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung, war allerdings mehr Anlass als Ursache des Bruches der Großen Koalition. Sie löste den Rücktritt Müllers aus, erklärte den autoritären Umbau des Weimarer Parlamentarismus allerdings nicht oder nur unzureichend. Sicherlich verschärfte der Anstieg der Arbeitslosigkeit die strukturellen Probleme der Reichsfinanzen. Diese bildeten ein »Dauerthema« letztlich aller Weimarer Regierungen, schienen aber 1930, mit der Verabschiedung des Young-Plans, der die deutschen Reparationszahlungen langfristig auf eine neue Basis stellte, auf dem Wege der Besserung zu sein. Das Problem war also weniger die Finanzkrise selbst, als vielmehr die Tatsache, dass diese Finanzkrise zu einer politischen Krise stilisiert wurde, die ihrerseits als Hebel für den Umbau der politischen Institutionen der Weimarer Republik genutzt wurde. Konkret verstärkte die Finanzkrise die ohnehin vorhandenen politischen Zielkonflikte in der Großen Koalition und machte diese in der politischen Öffentlichkeit sichtbar und kommunizierbar, ohne dass die Protagonisten aber ihre langfristigen – politischen – Ziele offenlegen mussten. Diese Ziele bestanden bei immer mehr der Interessengruppen und politisch Verantwortlichen darin, der Weimarer Republik ihre Grundlagen zu entziehen und den Parlamentarismus und die Sozialdemokratie zurückzudrängen.

Das galt zunächst einmal für führende Wirtschaftskreise. Sie entfernten sich immer mehr von einer Regierung unter einem sozialdemokratischen Kanzler – nachdem einmal die schlimmsten finanziellen Sorgen mit der Verabschiedung des Young Planes vorüber zu sein schienen. Die innere Distanzierung der Schwerindustriellen von der Großen Koalition belegte die im Dezember 1929 veröffentlichte Denkschrift »Aufstieg oder Niedergang?«. Sie forderte einen Rückbau der Weimarer Sozialpolitik und Steuererleichterungen für die Unternehmer. Die Schwerindustriellen störten sich besonders an der staatlichen Zwangsschlichtung, bei der öffentlich eingesetzte Schlichter einen Tarifspruch fällen konnten, der dann politisch verbindlich gemacht wurde – oft zum großen Missfallen der Arbeitgeber. Im sogenannten Ruhreisenstreit von Oktober 1928 legten sie sich nicht nur mit den Gewerkschaften, sondern auch

mit der Reichsregierung an. Aber auch das System der Arbeitslosenversicherung ging ihnen gegen den Strich. Die Denkschrift forderte deren Rückbau, nicht aber deren verbesserte Finanzierung durch höhere Beiträge. Es war klar, dass diese Forderungen nicht mit der Sozialdemokratie in der Regierungsverantwortung durchzusetzen waren.

Wirkungsmächtig wurden solche Überlegungen, als eine der Regierungsparteien, die DVP, sie sich zueigen machte. Bis zu seinem Tod am 3. Oktober 1929 hatte sich Reichsaußenminister Gustav Stresemann in seiner Partei massiv für das Zustandekommen und den Fortbestand der Großen Koalition eingesetzt. Nun aber bewegte sich seine Partei aus dem Regierungslager weg, politisch nach rechts, und arbeitete bewusst auf einen Bruch mit der Sozialdemokratie hin. Die Sanierung der Arbeitslosenversicherung sollte den Hebel bilden, um entweder die SPD aus der Regierung zu drängen oder selbst die Regierung zu verlassen. Paul Reusch, einer der einflussreichsten Verbandsfunktionäre der Wirtschaft, Wortführer des rechten Flügels der Schwerindustrie und Vertreter des rechten Flügels der DVP, strebte politisch eine antimarxistische Abwehrfront an. Gegen den Sozialismus zu kämpfen, bedeutete für ihn und andere Vertreter der Schwerindustrie und ihre politischen Gesinnungsgenossen in der DVP nicht nur, die SPD aus der Regierung zu entfernen, sondern auch, das als sozialistisch empfundene parlamentarische System auszuhebeln. In diesem Punkt stimmte auch die deutschnationale Opposition von rechts, die Deutschnationale Volkspartei, zu. Deren Vorsitzender war seit Oktober 1928 der intransigente »Medienmogul« Alfred Hugenberg, der seine Partei, auch wenn sie sich darüber spaltete, in die Fundamentalopposition gegen die Republik führte. Selbst das Zentrum stand in Gestalt seines neuen Vorsitzenden, des Prälaten Ludwig Kaas, dem republikanischen System reserviert gegenüber.

Aber nicht nur wichtige Parteien der Großen Koalition, sondern auch der Reichspräsident Paul von Hindenburg wollte weg von einer sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung, ebenso wie von parlamentarischen Entscheidungsmechanismen. Bereits im März 1929 hatte der Reichspräsident mit dem Vorsitzenden der DNVP, Graf Westarp, die Möglichkeit besprochen, eine Regierung ohne und sogar gegen die SPD zu bilden, die sich nur auf das Vertrauen des Reichspräsidenten stützte. Hindenburg und der Chef des Ministeramtes im Reichswehr-

ministerium, General Kurt von Schleicher, wollten dazu auf das Notverordnungsrecht zurückgreifen, das die Weimarer Reichsverfassung in Artikel 48 dem Reichspräsidenten in Notzeiten zusprach, und das von Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD) im Krisenjahr 1923 bereits, wenn auch vorsichtig, gehandhabt worden war. Der Reichstag konnte die Notverordnungen mit seiner Mehrheit zurücknehmen. Der Reichspräsident besaß jedoch das Recht der Reichstagsauflösung nach Artikel 25. Diese Waffe war so lang stumpf, wie gleichbleibende oder gar ansteigende sozialdemokratische Wählerstimmenzahlen zu erwarten waren. In der Situation 1929/30 war die Waffe allerdings »scharf«, weil die SPD durch die vielen Kompromisse in der Großen Koalition innerlich zerrissen war und zudem durch die ultralinke Wende der KPD im Jahr 1928 und deren »Sozialfaschismus«-Vorwurf von links unter Druck geraten war. Dramatische Formen hatte der Gegensatz zwischen SPD und KPD nach dem sogenannten Berliner Blutmai von 1929 angenommen, als der sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgiebel ein Demonstrationsverbot verhängt und es gegen die KPD gewaltsam durchgesetzt hatte. Das Ergebnis waren mehr als 30 Tote und Verletzte gewesen.

Die SPD war also nicht nur von den bisherigen Partnern der Großen Koalition, DVP und Zentrum, »verlassen« und durch deren Rechtsrucke unter Druck gesetzt worden. Vielmehr wuchs gleichzeitig der Druck auf die Partei, linkes Profil zu zeigen und sich von der Regierung zu distanzieren. Der linke Flügel der SPD hatte nie recht seinen Frieden mit einer Regierung gemacht, in der Sozialdemokraten zu Kompromissen mit bürgerlichen Partnern gezwungen waren. Kurz vor der Eskalation im Jahr 1930, in den Auseinandersetzungen um den Bau der Panzerkreuzer A und B, waren diese innerparteilichen Gegensätze offen zu Tage getreten. Im Wahlkampf 1928 hatten die Sozialdemokraten noch mit dem Slogan »Kinderspeisung statt Panzerkreuzer« geworben. Dann, in der Regierungsverantwortung, aber hatten die sozialdemokratischen Minister der Finanzierung für den Bau der Panzerkreuzer zugestimmt. Auf Beschluss der eigenen Fraktion hin mussten Reichskanzler Hermann Müller und die drei SPD-Minister Rudolf Hilferding, Carl Severing und Rudolf Wissell jedoch am 16. November 1928 für die Einstellung des Panzerkreuzerbaus stimmen und damit »ein Misstrauensvotum gegen sich selbst« abgeben (Heinrich A. Winkler).

### *Die Krise des Parlamentarismus als tieferliegende Ursache*

Hat die SPD im März 1930, gleichsam aus Furcht vor dem Tode, Selbstmord begangen, als sie den Brüning-Kompromiss ablehnte und der Regierung die Unterstützung entzog, wie Rudolf Hilferding rückblickend meinte? Im Blick auf 1933 mag dies so scheinen. Allerdings war im März 1930 noch nicht klar, wer vom Protest gegen die offizielle Regierungslinie schlussendlich profitieren würde: die Nationalsozialisten, die autoritären Rechte, die reformistische SPD oder die kommunistische Linke? Schließlich waren die Sozialdemokraten die eindeutigen Wahlsieger bei den Reichstagswahlen 1928 und noch mehr bei den preußischen Landtagswahlen 1928 gewesen. Auch wenn die Sozialdemokraten am 27. März 1930 die Reichsregierung verließen, so behielten sie doch mit Preußen als demokratischem Bollwerk das bei weitem größte Bundesland – es umfasste etwa zwei Drittel des Reiches – in ihrer Hand. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Preußens, Otto Braun, regierte mit der katholischen Zentrums Partei und der linksliberalen DDP in einer Weimarer Koalition, die im Reich bereits im Juni 1920 die Mehrheit verloren hatte. Die SPD gab also nicht die ganze Macht ab.

In der historischen Betrachtung der Vorgeschichte des Bruchs der Großen Koalition drängen sich zudem noch tieferliegende Ursachen als Erklärung für das Ende des letzten sozialdemokratisch geführten Reichskabinetts auf. Das Misstrauen gegenüber der Regierung – selbst dann, wenn sie über eine parlamentarische Mehrheit verfügte – war eine Konstante der politischen Kultur im Reich seit den Tagen des Kulturkampfes und der Sozialistengesetze. Die politische Konfliktlinie verlief zumeist zwischen den im Parlament vertretenen Parteien und der Regierung, gleichgültig, ob bestimmte Parteien die Regierung trugen oder nicht. Sie verlief jedoch nicht, wie im britischen Fall, zwischen Regierungsparteien und Oppositionsparteien. Dies bedeutete kein radikales Misstrauen gegenüber der Demokratie, sondern vielmehr einen mentalen Vorbehalt gegenüber dem Prinzip des Parlamentarismus.

Auch wenn das politische Teilhabeversprechen hochgehalten wurde, so ging es in Weimar keine innere Verbindung mit dem Parlamentarismus ein. Politische Teilhabe war in der langen monarchischen Tradition auch durch den direkten Kontakt der Regierung zum Volk denkbar. Teilhabeversprechen ohne Parlamentarismus besaßen eine lange Tradition

und umgekehrt bildete das parlamentarische System kein Hindernis im Wettbewerb um Protestmobilisierung. Gustav Stresemann benannte dieses Kennzeichen der politischen Kultur am 26. Februar 1929 vor dem Zentralvorstand der DVP: »Täuschen wir uns nicht darüber: wir stehen in einer Krise des Parlamentarismus, die schon mehr als eine Vertrauenskrise ist. Diese Krisis hat zwei Ursachen: einmal das Zerrbild, das aus dem parlamentarischen System in Deutschland geworden ist, zweitens die völlig falsche Einstellung des Parlamentarismus in Bezug auf seine Verantwortlichkeit gegenüber der Nation. [...] Was ist das überhaupt für eine groteske Auffassung, [...] daß der Abgeordnete der gegebene Gegner des Staates sein müsse.« Diese Distanz zum parlamentarischen Prinzip, entstanden aus der frühen Demokratisierung des Wahlrechts 1867/1871 und der späten Parlamentarisierung des politischen Systems in Deutschland 1918, war auch in der SPD verbreitet.

Der Sozialdemokrat Georg Decker drückte das Dilemma der SPD, Gründungs-, ja sogar Staatspartei der Republik zu sein, und dennoch ihre Programmatik gegen ihr eigenes Geschöpf, die Republik, durchsetzen zu wollen, bereits 1929 im Theorieorgan der SPD »Die Gesellschaft« so aus: »Die alte Schönheit, sage ich, ist nicht mehr wahr. Das ist aber keine Absage an die alte Wahrheit. [...] Nicht mehr wahr ist aber die alte Schönheit, die diesen Kampf nur in klaren eindeutigen Zügen erscheinen und alle Sorgen und Kämpfe des Tages zu einfach im hellen Licht des Ideals erstrahlen ließ. Jetzt müssen wir die Schwierigkeiten der Anpassung an die neuen Verhältnisse überwinden, wir entdecken die Widersprüche innerhalb der Bewegung selbst, sehen uns einem nicht vorausgesehenen Zustand des schwankenden Gleichgewichts der Kräfte gegenüberstehen und zuweilen wie in eine Sackgasse geraten oder fühlen ›Ekel und Übelkeit, gleich wie an Bord eines Schiffes bei Windstille‹. Die neue Wahrheit, wie wir sie jetzt täglich kennenlernen, ist oft nichts weniger als schön.«

#### Literaturhinweise

HANS MOMMSEN: *Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang, 1918–1933*, Berlin 1989.

HEINRICH A. WINKLER: *Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930*, 2. Auflage Bonn/Berlin 1988.

Ders.: *Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Republik*, München 1993.